

Vetomacht Deutschland?

Reform der UNO: Der Sicherheitsrat braucht Demokratisierung, nicht Machtpolitik

Fast 60 Jahre nach ihrer Gründung stehen die Vereinten Nationen vor ihrer vielleicht wichtigsten Reform. Sie ist dringend erforderlich, doch ob sie tatsächlich zustande kommt, ist angesichts der widerstreitenden Interessen und der komplizierten rechtlichen Bedingungen mehr als fraglich. Bis Ende des Jahres erwartet Generalsekretär Kofi Annan von einer internationalen Expertengruppe Vorschläge, wie die Weltorganisation modernisiert werden kann. Vier Fünftel der Redner während der ersten Woche der diesjährigen Vollversammlung hätten sich für die Umgestaltung ausgesprochen, hieß es in der inoffiziellen Tagungsstatistik. Das alle Befürworter der Reform ausschließlich eine größere Effizienz der UNO im Auge haben, darf jedoch bezweifelt werden.

Die Begehrlichkeiten sind groß. Es geht um nicht weniger als um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat, dem wichtigsten Gremium der UN. Er ist das zentrale völkerrechtliche Gremium für die Erhaltung des Weltfriedens, das dafür Sanktionen bis hin zu Militäreinsätzen verhängen kann. Dominiert wird er von den fünf alten Atommächten, ausgestattet mit dem problematischen Vetorecht. Da die UNO kein Parlament, sondern eine Organisation (formal) souveräner Staaten ist, ist das Vetorecht jedoch meiner Meinung nach auch eine Bedingung dafür, dass die Vereinten Nationen potenziell handlungsfähig bleiben und nicht das Schicksal des machtlosen und entscheidungsunfähigen Völkerbundes erleiden. Vorausgesetzt, dass die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates die Widersprüchlichkeit der aktuellen Staatengemeinschaft widerspiegeln, kann ihre Einstimmigkeit Voraussetzung dafür sein, dass die internationale Staatengemeinschaft ihrer Verantwortung für den Weltfrieden real nachkommen kann, so wie das Vetorecht den Missbrauch auch von tatsächlichen oder unter Druck zustande kommenden Mehrheiten gegen souveräne Staaten einschränken kann.

Dass der Rat seiner Aufgabe in den letzten Jahren nicht gerecht und immer mehr zum Erfüllungsgehilfen der US-Politik wurde – und dabei selbst die Charta verletzte – ist bekannt. Der erste Golfkrieg (mit Zustimmung der Sowjetunion) und Afghanistan sind nur die gravierendsten Beispiele dafür. Nicht nur für viele Entwicklungsländer hat sich die elitäre Runde mit dieser Politik selbst delegitimiert.

Bundesaußenminister Fischer hatte Recht, als er am vergangenen Donnerstag vor der Vollversammlung auf den grundlegenden Reformbedarf verwies oder darauf, dass ein Rat mit mehr Mitgliedern international über größere Akzeptanz verfügen würde. Er hatte auch Recht, dass eine ausgewogenere und umfassendere Vertretung aller Kontinente bei den ständigen Mitgliedern eine größere Identifikation aller Staaten mit dem Sicherheitsrat zur Folge hätte. Im Ergebnis, so folgerte Fischer, müsse die Zusammensetzung des Rates den gegenwärtigen geopolitischen Realitäten entsprechen.

Das allerdings ist nicht die Lösung, sondern das Problem. Zum einen ist Europa mit Frankreich, Großbritannien und Russland bereits weit überrepräsentiert. Zum anderen ist die UNO keine imaginäre Weltregierung, sondern widerspiegelt das internationale Kräfteverhältnis. Und sie kann nur so gut oder so schlecht sein, wie sie die Mitgliedstaaten machen. Mit dem Ende des Realsozialismus gerieten die UN mehr und mehr unter den Einfluss Washingtons. Die anderen ständigen Sicherheitsratmitglieder konnten (Russland und China) oder wollten (Frankreich und Großbritannien) dieser Instrumentalisierung nicht entgegen wirken. Auf dem Balkan, insbesondere 1999 im Krieg gegen Jugoslawien, 2001

im Afghanistankrieg und im vergangenen Jahr gegen den Irak ging es den USA um die Degradierung der UNO zu einer wirkungslosen Organisation à la Völkerbund und die Ersetzung des Völkerrechts durch ein „Recht“ des Stärkeren, der USA.

Die rot-grüne Bundesregierung hat diesen Kurs, auch als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat, mitgetragen und den Bruch der UN-Charta, etwa mit der Gewährung von Überflugrechten, aktiv unterstützt. Daher kann – und will - sie kein Korrektiv zu den Großmächten sein, sondern lediglich die gleichen Privilegien genießen (im Übrigen offensichtlich, ohne über die weitreichenden Folgen auch nur zu diskutieren).

Es ist für mich keine Frage, dass Afrika, Lateinamerika und Asien endlich adäquater bzw. überhaupt im Sicherheitsrat vertreten sein müssen. Wenn Europa überhaupt einen weiteren Sitz bekommen soll, dann schon eher die EU, falls sie tatsächlich die UNO-Charta und deren Ächtung des Krieges und die Notwendigkeit eines globalen Multilateralismus gegen den militärischen Vorherrschaftskurs der USA zur Grundlage ihrer internationalen Politik machen würde. Die Alleingänge Berlins sind dabei kontraproduktiv. Italiens Außenminister Frattini brachte die Konsequenzen auf den Punkt: Das deutsche Streben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat riskiert die Spaltung Europas, erklärte er nach Fischers UNO-Rede.